

Stabilität und Wachstum

2011 – 2016: Eine positive Bilanz für Berlin



Berlin

Fraktion
SPD



Inhalt

Vorwort	04 – 05
Gute Bildung, sozialer Aufstieg	06 – 11
Wachsende Wirtschaft, faire Löhne	12 – 17
Stabile Finanzen, weniger Schulden	18 – 21
Mehr Wohnungsbau, lebenswerte Kieze	22 – 27
Bessere Daseinsvorsorge, mehr Gemeinwohl	28 – 31
Sichere Stadt, starke Polizei	32 – 37
Spannende Kultur, kreative Szene	38 – 41
Soziale Verantwortung, gesundes Berlin	42 – 47
Die Abgeordneten der SPD-Fraktion	48 – 49

Berlin ist Kiez und Metropole zugleich. Wir gestalten das Wachstum unserer Stadt und sorgen dafür, dass sie liebens- und lebenswert bleibt.

Wir arbeiten stetig dafür, dass alle Menschen in Berlin eine gute Perspektive haben. Einige Beispiele:

- unser Maßnahmenpaket für mehr Wohnungsbau und bezahlbare Mieten
- der Rückkauf der Wasserbetriebe und die Wasserpreissenkung
- die Sanierung von Schulen und Sportstätten
- die kostenfreie Kita und der verstärkte Kitaplatzausbau
- das Brennpunktschulprogramm
- der SIWA-Fonds für zusätzliche wichtige Investitionen in Berlins Infrastruktur
- mehr Stellen für Polizei, Feuerwehr, Landeskriminalamt und Justiz
- die neue Liegenschaftspolitik
- ein Landeshaushalt ohne neue Schulden und über 900 Millionen Euro Schuldenabbau

Auf den nächsten Seiten ist eine Bilanz unserer Arbeit mit den wichtigsten Entscheidungen in dieser Wahlperiode zu finden.

„Wir arbeiten für eine Stadt, in der sich alle zu Hause fühlen. Mit klugen Investitionen und stabilen Finanzen machen wir Berlin fit für die Zukunft. Wirtschaftlicher Erfolg und soziale Verantwortung gehören für uns immer zusammen.“

Raed Saleh, Vorsitzender der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses



Gute Bedingungen für gute Bildung sollen Kinder wie Maël und Romy und auch alle anderen Berliner Kinder in jedem Alter erhalten – Dafür setzen wir uns ein!

Alle Kinder sollen früh gefördert werden und die bestmögliche Bildung erhalten. Deshalb ist Bildung in Berlin ab 2018 von der Krippe bis zur Universität kostenfrei. Wir wollen, dass sozialer Aufstieg für alle Mädchen und Jungen möglich ist.

- **20.000 neue Kitaplätze** sind in dieser Legislatur bereits geschaffen worden. Weitere 10.000 werden bis 2018 entstehen. Dafür stellen wir 40 Millionen Euro zur Verfügung.
- Mehr als 37.000 Kinder sind 2014 in Berlin geboren worden. Um noch mehr Kindern den Zugang zu frühkindlicher Bildung zu ermöglichen, schaffen wir auch die Gebühren für die ersten drei Kitajahre schrittweise ab. **Ab 2018 ist der Kitabesuch für alle Mädchen und Jungen kostenfrei.**
- Gleichzeitig verbessern wir die Qualität in den Berliner Kitas. Für die **stufenweise Verbesserung des Betreuungsschlüssels** um mindestens ein Kind je Erzieherin oder Erzieher werden rund 72 Millionen Euro bereit gestellt.
- Über **5000 neue Lehrkräfte** wurden seit 2012 eingestellt. In Berlin erhalten junge Lehrkräfte bereits eine Vergütung nach der höchsten Erfahrungsstufe, die sonst erst nach 10 Jahren Berufserfahrung gewährt wird.
- Obwohl der Bund die dringend benötigten Fördermittel gestrichen hat, erhalten wir die **Schulsozialarbeiterstellen** und finanzieren sie aus Landesmitteln.
- Auch die **Hortgebühren sollen bis 2018 abgeschafft werden**. Zudem prüfen wir, ob die Hortbetreuung in den schulischen Jahrgangsstufen 5 und 6 generell auf die Ferien ausgedehnt werden kann. Mit dem Lückenschluss bei der Hortbetreuung erhalten Kinder mit festgestelltem Bedarf bereits jetzt von 6 bis 18 Uhr Ganztagsangebote an den Grund- und Sonderschulen auch an Ferientagen.
- Durch das **Gesetz zur Ganztagsbetreuung von Kindern und Jugendlichen mit schweren Behinderungen** kann auch über die Grundstufe hinaus bis zum Schulabschluss ergänzende Förderung und Betreuung angeboten werden.
- Mit dem **Brennpunktschulprogramm** erhalten über 250 Berliner Schulen mit besonderen Belastungen zusätzliche Mittel z.B. für Schulsozialarbeit, SprachmittlerInnen, Anti-Gewalt-Training oder Lerntherapie. Das erfolgreiche Programm wurde von uns auf Berufsschulen und Schulen in freier Trägerschaft ausgeweitet.
- Für die **Beschulung von Flüchtlingskindern** wurden rund 670 Willkommensklassen eingerichtet. Bildung ist ein wichtiger Bestandteil von Integration.



Emre will studieren – er wünscht sich, dass alle jungen Menschen Perspektiven für die beste persönliche Ausbildung erhalten. Dafür arbeiten wir.

- Mit der **verpflichtenden Sprachstandsfeststellung** werden Eltern bei Nichtteilnahme ihres Kindes mit einem Bußgeld belegt. Denn das Beherrschen der Sprache ist Voraussetzung für einen erfolgreichen Bildungsweg.
- Wir setzen auf eine **konsequente Durchsetzung der Schulpflicht**, z.B. mit Schulversäumnisanzeigen, elektronischem Klassenbuch und verbindlichen Eltern-Klassenlehrer-Gesprächen.
- Wir setzen **die Sanierung von Schulen und Sportstätten** fort und haben dafür in dieser Wahlperiode über 470 Millionen Euro investiert.
- Für die **Sanierung von Turnhallen** nach einer Zwischennutzung zur Flüchtlingsunterbringung werden 5 Millionen Euro bereitgestellt.
- Der **Schulmittagessen-Härtefonds** in Höhe von 240.000 Euro ist für Kinder aus sozial schwachen Familien eingerichtet worden. Noch immer müssen einige Kinder den anderen beim Essen zusehen. Deshalb wollen wir auch die **Gebühren für das Schulmittagessen perspektivisch komplett abschaffen**.
- Wir finanzieren **außerschulische Lernorte** wie Jugendkunstschulen, Verkehrsschulen und Gartenarbeits-schulen mit über 2 Millionen Euro pro Jahr. Denn auch sie vermitteln wichtige Bildungsinhalte.
- Für das **Kita- und Spielplatz-Sanierungsprogramm** stellen wir jährlich 10 Millionen Euro bereit.
- Wir haben den **Superferienpass gesichert**. Damit haben Kinder und Jugendliche freien Eintritt in allen Bädern der Berliner Bäderbetriebe. Hinzu kommen viele weitere Angebote aus den Bereichen Sport, Kultur und Freizeitgestaltung.
- Der **Hochschuletat** steigt bis 2017 um 122 Millionen auf insgesamt 1,18 Milliarden Euro.
- Mit der **Einstein Stiftung Berlin** bündeln wir herausragende Forschungsbereiche, die sich innerhalb und außerhalb der Universitäten befinden. Für die Förderung exzellenter Wissenschaft fließen jährlich 9 Millionen Euro.
- In den Berliner Bezirken gibt es **31 Familienzentren**. Mit den Angeboten für Eltern und Kinder in den Kiezen verbessern wir den Zugang zu Bildung.
- Berlin hat mit der Freien Universität und der Humboldt-Universität **zwei Exzellenzuniversitäten** von bundesweit elf. Dazu kommen vier Exzellenzcluster und neun Graduiertenschulen.
- Berlin hält einen Spitzenplatz beim Anteil der **Professorinnen**. Ein Drittel der Professuren an unseren Hochschulen ist mit Frauen besetzt.
- Wir haben die Mittel für die wichtige Arbeit der **Musikschulen** in den Bezirken ab 2014 um 2,5 Millionen Euro jährlich erhöht. Im Jahr 2017 betragen die Gesamtausgaben für die Musikschulen 39,8 Millionen Euro.
- Mit der **Sportprofilquote** für zulassungsbeschränkte Studiengänge wird SpitzensportlerInnen aus der Region der Zugang zum Hochschulstudium erleichtert.

Über 470 Millionen Euro

für die Sanierung von Schulen und Sportstätten

Über 5000

neue Lehrerinnen und Lehrer
wurden seit 2012 eingestellt

Rund 18 Millionen Euro

jährlich für das Brennpunktschulprogramm

Rund 72 Millionen Euro

für die Verbesserung des Betreuungsschlüssels
in den Kitas

Mehr als 175.000

Studierende an den
Berliner Hochschulen

0 Euro

**Gebühren kostet der
Kita-Besuch auch für die
Jüngsten ab 2018**




Berlins Wirtschaft ist auf Erfolgskurs. Die Stadt hat sich für David und viele andere Bürger und Unternehmen zu einem attraktiven Standort entwickelt.

In den vergangenen Jahren ist Berlin wirtschaftlich stärker als alle anderen Bundesländer gewachsen. Unsere Politik für mehr Arbeitsplätze verbinden wir mit dem Ziel fairer Arbeitsbedingungen.

- Berlin hat das stärkste **Jobwachstum** aller Bundesländer. Hier arbeiten rund 1,31 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Zwischen 2005 und 2015 sind rund 300.000 neu dazu gekommen.
- Mit Maßnahmen zur Arbeits- und Ausbildungsförderung, Fort- und Weiterbildung und zur Reintegration machen wir eine **erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik**. Die Arbeitslosenzahl ist 2005-2015 um rund 39 Prozent gesunken.
- Mit der **Jugendberufsagentur** wirken wir Jugendarbeitslosigkeit und drohender Perspektivlosigkeit nach dem Schulabschluss entgegen. Berufsberatung, Vermittlung in Ausbildung und Arbeit sowie Leistungen der Jugendhilfe werden aus einer Hand unter einem Dach im Bezirk angeboten.
- Wir haben die **Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen** verbessert und beschleunigt.
- Berlin ist in die **Tarifgemeinschaft der Länder** zurückgekehrt. Die Gehälter der Angestellten im öffentlichen Dienst werden schrittweise an das Bezahlungsniveau der anderen Bundesländer angeglichen. Auch die Besoldung der Beamten steigt perspektivisch auf den Bundesdurchschnitt.
- Wir haben in landeseigenen Betrieben die **Leiharbeit eingeschränkt**. Sie ist künftig nur noch als Ausnahme erlaubt und darf nicht dauerhaft eingesetzt werden.
- Im Ausschreibungs- und Vergabegesetz haben wir den **Mindestlohn auf 8,50 Euro angehoben** als Bedingung für die Auftragsvergabe. Wir haben zudem eine Klausel durchgesetzt, nach der Auftragnehmer des Landes Berlin gleichen Lohn für gleiche Arbeit zahlen müssen. So können bei öffentlichen Aufträgen keine unterschiedlichen Löhne in Ost und West gezahlt werden. Gleichzeitig wird der ungleichen Bezahlung von Frauen und Männern entgegengewirkt.
- Darüber hinaus haben wir ein **Landesmindestlohngesetz** beschlossen, das überall dort gilt, wo das Land Berlin wirtschaftlichen Einfluss hat (z.B. bei den Eigenbetrieben, Anstalten öffentlichen Rechts und Beteiligungen, Zuwendungsempfängern). Wir waren damit Vorbild für den auf Bundesebene beschlossenen gesetzlichen Mindestlohn.
- Wir haben die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Berlin Partner mit der Innovationsagentur der Technologiestiftung TSB fusioniert. Berlin hat jetzt eine **einheitliche Wirtschaftsförderstruktur** und eindeutige Ansprechpartner.

Berlin ist attraktiv für Fachkräfte und Investoren. Unsere Stadt bietet beste Bedingungen für Start-ups, deshalb werden in Berlin mehr Unternehmen gegründet als anderswo in Deutschland.

- Durch unsere aktive Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik ist Berlin wieder ein attraktiver **Industriestandort**. Große Unternehmen investieren in die Stadt.
- Mit **Adlershof** haben wir einen der modernsten Technologieparks aufgebaut. 10 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, 6 Institute der Humboldt-Universität und rund 1000 Firmen haben dort ihren Sitz.
- Im Bereich der **Kreativwirtschaft** stellen wir zur Förderung der Berliner Musikwirtschaft eine halbe Million Euro im Haushalt zusätzlich zur Verfügung.
- Berlin ist heute **Gründerhauptstadt**. Rund 60.000 Beschäftigte arbeiten in Start-ups. Durch eine stärkere Vernetzung hier ansässiger Unternehmen mit der Start-up-Szene und der Wissenschaft haben wir neue Synergien freigesetzt.
- Mit dem Berliner Gesetz zur Einführung von **Immobilien- und Standortgemeinschaften** haben wir die Rahmenbedingungen für den Berliner Einzelhandel weiter verbessert.
- Mit dem **Aktionsprogramm Handwerk** 2015-2017 hat Berlin gemeinsam mit der Handwerkskammer 32 Maßnahmen für Bildung und Weiterbildung, Innovation, Energiewende und Stadtentwicklung festgelegt, mit denen die Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Handwerksbetriebe nachhaltig gestärkt werden soll. Wir haben außerdem den stadtweit geltenden, einheitlichen **Handwerkerparkausweis** eingeführt und die **Meistergründungsprämie** für Existenzgründungen im Handwerk abgesichert.
- Die landeseigene Investitionsbank Berlin und die Bürgerschaftsbank zu Berlin-Brandenburg leisten gemeinsam einen erheblichen Beitrag zur **Kreditversorgung** und Sicherung von Berliner Unternehmen und ihrer Wachstumsschritte.
- Unsere Stadt ist attraktiv für Fachkräfte und Investoren. Mit der Eröffnung von **Berlin Büros** in ausländischen Metropolen unterstützen wir den Ausbau von Handelsbeziehungen und die Vernetzung von Berliner Unternehmen. Dafür steht in 2016 und 2017 jeweils eine halbe Million Euro zur Verfügung.



Als Student freut sich Marcus darüber, dass Berlin Menschen aus aller Welt anzieht, die hier ihre kreativen Start-up-Ideen verwirklichen.

30.000

neue Unternehmensgründungen

Rund 39 Prozent

weniger Arbeitslose 2005-2015

Rund 1,31 Millionen

Berlinerinnen und Berliner sind sozial-
versicherungspflichtig beschäftigt

Um 18,1 Prozent

ist die Berliner Wirtschaft 2005-2014 gewachsen.
Berlin ist damit bundesweit Spitze

Mehr als 30 Millionen

Übernachtungen von Besucherinnen und
Besuchern aus der ganzen Welt

**Alle 20
Stunden**

**entsteht in Berlin ein neues
Internetunternehmen**



Wir haben die Neuverschuldung gestoppt! Mit weniger Schulden ist Berlin eine stabilere Stadt und gibt Bürgern wie Gernot die Sicherheit, dass Berlin seine Leistungen für die Gesellschaft weiter gut erbringen kann.

Stabile Finanzen sind ein Markenzeichen der SPD-Fraktion. Wir haben einen ausgeglichenen Doppelhaushalt ohne Neuverschuldung und können sogar weiter alte Schulden abbauen. Das spart Zinsen in der Zukunft und stärkt die Handlungsfähigkeit Berlins.

- Wir haben die erfolgreiche Konsolidierung des Landeshaushaltes fortgesetzt. Seit 2012 macht das Land Berlin **keine neuen Schulden**. Wir haben in dieser Legislatur **zwei ausgeglichene Doppelhaushalte** vorgelegt. 2015 ist es wie auch schon in 2013 gelungen, einen **Haushaltsüberschuss** zu erzielen. Insgesamt konnten so bereits über 900 Millionen Euro Schulden getilgt werden.
- Weniger Schulden bedeuten für Berlin mehr **Handlungsfähigkeit**. Selbst bei den aktuell niedrigen Zinsen bewirkt der Abbau von Schulden einen wichtigen Fortschritt für unsere Stadt. Weniger Schulden bedeuten auch weniger Zinsen – Geld, das in Berlin für eine gute Daseinsvorsorge, Wohnungsbau, Bildung oder Sicherheit ausgegeben werden kann.
- Mit dem Gesetz zum **Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt** (SIWA) haben wir festgelegt, dass Haushaltsüberschüsse zu je einer Hälfte in die Schuldentilgung und in wichtige Investitionen für Berlin fließen. Also zum Beispiel in Schulen, Kitas, Straßen, Bahnen, Grünanlagen und die Modernisierung von Behörden. 689 Millionen Euro haben wir im Sondervermögen bereitgestellt. Darüber hinaus stehen jährlich rund 1,8 Milliarden Euro für weitere Investitionen zur Verfügung.
- Anstatt durch Schulden haben wir dauerhafte **neue Ausgaben durch Einnahmen finanziert**: Mit einer Steuer für private Übernachtungen, der so genannten **City Tax**, kommen Berlins Erfolge als Touristenmagnet auch dem Gemeinwohl zu Gute. Im Einklang mit den anderen Bundesländern haben wir die **Grunderwerbssteuer** auf 6 Prozent des Kaufpreises angehoben. Diese Steuer fällt einmalig beim Kauf von Immobilien an – ohne die Mieten zu belasten.
- In 2015 wurden 768 Millionen Euro **Bundes- und EU-Mittel** verwaltet, u.a. zur Schaffung von Kita-Plätzen für Kinder unter drei Jahren, zur Unterstützung der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen, zur Förderung von Hochleistungssportstätten, zur Erhöhung des Frauenanteils bei Professuren, für Schüleraustausche, Stadtteilzentren und das Freiwillige Ökologische Jahr.
- Rund 200.000 Neu-Berlinerinnen und -Berliner wird unsere Stadt in den nächsten fünf Jahren haben. Dafür brauchen wir **gut aufgestellte Bezirke**, die zuverlässig und kundenorientiert Leistungen anbieten. Um sie dabei zu unterstützen, stellen wir rund 6,3 Milliarden Euro in 2016 und rund 6,5 Milliarden Euro in 2017 bereit. Der Bezirksplafond ist um 21 bzw. 27 Mio. Euro in 2016 und 2017 gewachsen. Außerdem können die Bezirke rund 500 neue Stellen besetzen.

907 Millionen Euro

Schulden wurden in dieser Legislatur getilgt. Mit unserem Konsolidierungskurs konnten wir den Schuldenstand auf unter 60 Milliarden senken. Berlin ist kein Land in Haushaltsnotlage mehr

Rund 1,8 Milliarden Euro

stehen jährlich für Investitionen zur Verfügung

689 Millionen Euro

zusätzlich für die Infrastruktur der Stadt aus dem SIWA-Fonds

117 neue Stellen

für die Bürgerämter

Rund 5 Milliarden Euro

**pro Jahr gibt Berlin für die
Bildung aus und setzt hier
den größten Schwerpunkt
bei den Haushaltsmitteln**



Ina und Willem fühlen sich wohl in ihrem Kiez. Wir tun viel für mehr Lebensqualität im Wohnumfeld und bezahlbare Mieten in ganz Berlin.

Immer mehr Menschen wollen in Berlin leben. Mit einer aktiven Mieten- und Wohnungsbaupolitik sorgen wir dafür, dass unsere Stadt auch für Menschen mit mittlerem und geringen Einkommen ein Zuhause bleibt.

- Die **Mietpreisbremse** gilt in ganz Berlin. Wir haben als erstes Bundesland von der Regelung Gebrauch gemacht, die die SPD im Bundestag für Städte und Gemeinden mit angespanntem Wohnungsmarkt durchgesetzt hat. Bei der Neuvermietung von Bestandswohnungen darf die Miete höchstens 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen.
- Auch das **Bestellerprinzip für Maklergebühren** gilt jetzt bundesweit. Wer den Makler beauftragt, zahlt ihn auch. In der Regel also der Vermieter oder Verkäufer.
- Die **Zahl der landeseigenen Wohnungen** wird weiter erhöht und soll durch Neubau und Zukauf von derzeit rund 295.000 auf 400.000 steigen. Die Städtischen Wohnungsbau-Gesellschaften investieren dafür in den nächsten 10 Jahren mehrere Milliarden Euro. Es entstehen 3000 Wohnungen für Menschen mit kleinem Einkommen.
- Für den **Neubau bezahlbarer Wohnungen** haben wir 2014 einen Wohnungsbaufonds in Höhe von 320 Millionen Euro bei der IBB geschaffen, mit dem der Wohnungsbau von landeseigenen Wohnungsbau-Gesellschaften, Genossenschaften und privaten Bauherren gefördert wird.
- Mit einer **Sprinterprämie** sorgen wir dafür, dass bestandsfähige Baugenehmigungen von den Bezirken schneller erteilt werden. Außerdem erhalten die Bauämter mehr Mitarbeiter für diese Aufgabe.
- **Begrenzung von Mieterhöhungen bei landeseigenen Wohnungen.** Im Mietenbündnis wurde festgelegt, dass die Miete 30 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens nicht übersteigen darf. Mieterhöhungen sind auf maximal 15 Prozent in 4 Jahren bis zur örtlichen Vergleichsmiete begrenzt. Die Mieterhöhung nach Modernisierung wird auf maximal 9 Prozent der aufgewandten Kosten beschränkt. Hinzu kommen individuelle Härtefallregelungen und faire Bedingungen für Wohnungstausch, z. B. beim Wechsel in eine kleinere Wohnung.
- Durch die **Kappung von Mieterhöhungen im Bestand** dürfen die Mieten bei allen freifinanzierten Wohnungen nur um 15 Prozent innerhalb von 3 Jahren erhöht werden. Davon profitieren in Berlin über eine Million Haushalte.
- Um die **soziale Mischung in den Großsiedlungen** zu erhalten, wird die Netto-Kaltmiete in den 34.000 Sozialwohnungen bis 2017 bei maximal 5,70 Euro pro Quadratmeter und Monat gekappt. Dieses Mietenkonzept gilt für 16 Berliner Großsiedlungen.



Mit dem Energie- und Klimaschutzprogramm nimmt Berlin als Millionenmetropole eine Vorreiterrolle ein – das ist der Berlinerin Mascha besonders wichtig!

- MieterInnen haben jetzt einen 10-jährigen **Kündigungsschutz**, wenn ihre Mietwohnung in eine Eigentumswohnung umgewandelt und anschließend verkauft wird.
- Mit dem **Zweckentfremdungsverbot** sorgen wir dafür, dass weniger Ferienwohnungen entstehen und mehr Raum zum Wohnen bleibt.
- In mehr als 20 **Millieuschutzgebieten** der Stadt ist die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verboten bzw. es darf nur an die MieterInnen verkauft werden.
- Unser **erfolgreicher Kompromiss zum Mietenvolksbegehren** in Form des Wohnraumgesetzes sieht u. a. vor, dass mindestens 55 Prozent der Wohnungen bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften an Menschen mit besonders niedrigem Einkommen vermietet werden und 30 Prozent der Neubauten als Sozialwohnungen errichtet werden.
- Das **Tempelhofer Feld** bleibt auch in Zukunft eine große grüne Parklandschaft mit Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten für alle Berlinerinnen und Berliner. Und es bietet Schutz für Menschen, die vor Krieg, Terror und Verfolgung bei uns Zuflucht suchen und in temporären Unterkünften auf befestigten Flächen am Rand des 230 Hektar großen Areals untergebracht werden.
- Es ist gerichtlich bestätigt: Das Berliner **Spielhallengesetz** ist verfassungsgemäß. Wir sind deutschlandweit Vorreiter beim Kampf gegen die Spielhallenflut und Spielsucht und haben die strengen Regelungen noch weiter verschärft.
- Die Mittel für den **Tierpark Berlin** sind deutlich erhöht worden. In den nächsten beiden Jahren stellen wir fast 20 Millionen Euro bereit – auch für Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität.
- 2017 eröffnet die **Internationale Gartenschau (IGA)** ihre Pforten mit dem Schwerpunkt in Marzahn-Hellersdorf.
- Die SPD-Fraktion hat sich in den vergangenen Jahren dafür eingesetzt, dass **Kleingartenflächen erhalten** bleiben. Auch bei steigendem Flächenbedarf für Wohnungsbau in der wachsenden Stadt halten wir an diesem Ziel fest und haben den Kleingartenentwicklungsplan im Sinne einer größtmöglichen Sicherung des Kleingartenbestandes fortgeschrieben.
- Mit unserem **Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm** nehmen wir als Millionenmetropole eine Vorreiterrolle ein. Auch mit unseren Luftreinhalte- und Lärmaktionsplänen leisten wir einen Beitrag für eine nachhaltige Umweltpolitik.
- Für **10.000 neue Stadtbäume** werden gespendete Bäume aus Landesmitteln mitfinanziert. Dafür stellen wir 1,5 Millionen Euro bereit.
- Die Mittel für den Radverkehr haben sich seit 2014 verdreifacht. Wir geben 2016/17 rund 16 Millionen Euro für den Radverkehr aus. Wir haben das **Radwegenetz erheblich erweitert und zeitgemäße Abstellanlagen** errichtet.
- Alle Busse der BVG und bereits 110 U-Bahnhöfe sind **barrierefrei** zugänglich, bis 2020 sollen es alle sein.

Auf 400.000

soll die Zahl der landeseigenen Wohnungen
in den nächsten Jahren steigen

5000

neue Wohnungen für Studierende
sollen entstehen

10.000 neue Straßenbäume

werden durch das Land mitfinanziert

Bereits 110 U-Bahnhöfe

und alle BVG-Busse sind barrierefrei zugänglich

Fast 20 Millionen Euro

erhält der Tierpark Berlin in den nächsten beiden Jahren

**Rund 16
Millionen**

**gibt Berlin für die
Verbesserung
des Radverkehrs
in zwei Jahren aus**



Christine wünscht sich soziale Gerechtigkeit für Berlin – Wir arbeiten daran, dass das Gemeinwohl über privatem Gewinnstreben steht!

Eine gute und sozial gerechte Daseinsvorsorge für alle Berlinerinnen und Berliner ist uns wichtig. Deshalb haben wir einen stärkeren Einfluss des Staates bei Unternehmen der Daseinsvorsorge durchgesetzt.

- Wir haben die **Berliner Wasserbetriebe vollständig zurückgekauft** – denn das Wasser gehört in öffentliche Hand. Damit ist die SPD-Fraktion dem Willen der Berlinerinnen und Berliner nach einer Wasserversorgung in kommunaler Hand nachgekommen. Wir machen die Fehler der Privatisierungspolitik der Vergangenheit rückgängig.
- Die **Wasserpreise wurden dauerhaft gesenkt**. Der Tarif für Frischwasser ist um 15 Prozent gesunken und der für Abwasser um 6 Prozent.
- Die Stärkung der öffentlichen Kontrolle und Einflussnahme bei Unternehmen der Daseinsvorsorge ist uns wichtig. Deshalb haben wir ein **landeseigenes Stadtwerk** für den Bereich der Stromversorgung gegründet. Auch im Bereich der anderen Energienetze wollen wir den landeseigenen Einfluss vergrößern. Neben einer wirtschaftlichen Betriebsführung sollen sozial-, umwelt- und strukturpolitische Grundsätze verfolgt werden. Transparenz und die Beteiligung der Bevölkerung sind uns dabei gleichermaßen wichtig. Öffentlich-private Partnerschaften lehnen wir weiterhin ab.
- Mit der **Berliner Stadtreinigung (BSR)** haben wir einen neuen Unternehmensvertrag unterzeichnet. Die BSR soll als Anstalt öffentlichen Rechts langfristig als verlässlicher Dienstleister und wichtiger Arbeitgeber erhalten bleiben.
- Unsere **neue Liegenschaftspolitik** ist ein Instrument für eine sozial gerechte und wirtschaftlich vernünftige Stadtentwicklung in der wachsenden Stadt. Die landeseigenen Grundstücke dienen dem Wohnungsbau, der Wirtschaftsansiedlung, als Flächen für Schulen und Kitas, Kultur und soziale Einrichtungen. Anstatt wie in der Vergangenheit allein nach Höchstpreis zu verkaufen, steht jetzt das Gemeinwohl im Vordergrund. Und wir haben mehr Transparenz und parlamentarische Kontrolle.
- Mit Mitteln aus dem **SIWA-Fonds** investieren wir in Kitas, Wohnungsbau, den öffentlichen Nahverkehr, barrierefreie Bahnhöfe und in den Erhalt von Straßen, Brücken und Tunneln.
- **Charité und Vivantes** sichern für Berlin hervorragende Medizin in öffentlicher Hand ab. Mit umfangreichen Investitionen an der Charité, am Campus Benjamin Franklin und beim Virchow-Klinikum trägt das Land Berlin auch in Zukunft Verantwortung für eine gute medizinische Daseinsvorsorge.
- Die Berliner Bäder haben mehr Geld für die **Sanierung von Schwimmbädern** erhalten, außerdem haben wir die Zuschüsse für den laufenden Betrieb erhöht. Für 60 Millionen Euro werden zwei **neue Multifunktionsbäder entstehen**.

2 neue Multifunktionsbäder

für die Berlinerinnen und Berliner

37 Schwimmhallen

in den Berliner Kiezen

397 Millionen Euro

betrug der Gewinn
der Landesunternehmen 2014

Rund 2 Milliarden Euro

haben die öffentlichen Unternehmen 2014 investiert.
Damit hat sich das Investitionsvolumen im Vergleich zu 2007 verdoppelt

Über 48.000 Berlinerinnen und Berliner

sind bei den landeseigenen Unternehmen wie Vivantes, BVG, BSR
und den Berliner Wasserbetrieben beschäftigt

15-prozentige

Senkung des Frischwasserpreises



Lino wünscht sich eine sichere Stadt – und um allen Berlinerinnen und Berlinern diese Sicherheit zu geben, gehen wir weiter konsequent gegen Kriminalität und deren Ursachen vor.

Berlin ist eine der sichersten Metropolen Europas – doch Sicherheit bleibt eine stetige Aufgabe. Unsere Politik zielt auf eine spürbare Verstärkung von Polizei und Justiz ab – damit sich alle in Berlin sicher fühlen können.

- Wir haben seit Beginn der Legislatur **Haushaltsmittel für mehr Personal** bereit gestellt. Bei der Polizei wurden über 600 neue Stellen geschaffen. Hinzu kommen fast 300 neue Stellen im Objektschutz. Bei der Berufsfeuerwehr sind es 200 zusätzliche Stellen. Für Gerichte und Strafverfolgungsbehörden sind im Haushalt 2016/17 weitere 174 Stellen vorgesehen.
- Die **Funkzellenabfrage** dient zur Verfolgung besonders schwerer Straftaten. Wir haben Transparenz geschaffen und die Kontrollrechte des Abgeordnetenhauses verbessert. Die Behörden müssen über den Einsatz zur Überprüfung von Telekommunikationsdatenverbindungen informieren.
- Damit Berlin in ausreichender Zahl **qualifizierten Nachwuchs** findet, haben wir die gesetzlichen und haushalterischen Voraussetzungen dafür geschaffen, Polizeianwärtern und Justizvollzugsanwärtern Sonderzuschläge zu zahlen.
- Zur **Vorbeugung gegen Radikalisierung** von muslimischen Jugendlichen haben wir ein eigenständiges Landesprogramm aufgelegt, um früh Hilfe und Aufklärung bieten zu können.
- Um die Frauen und Männer im Einsatz richtig auszustatten, wird für sie neue **Schutzkleidung** angeschafft.
- Das **Landesprogramm gegen Rechtsextremismus** wurde verstärkt. Die Mittel werden 2016/17 um 360.000 Euro pro Jahr erhöht. Damit werden auch zusätzliche Stellen in den mobilen Beratungsteams finanziert. Die Registerstellen, die rassistische und rechte Übergriffe in den Kiezen dokumentieren, bekommen mehr Mittel.
- Für eine **starke Freiwillige Feuerwehr** investieren wir SIWA-Mittel für die Sanierung von Wehren und für die Ausstattung.
- Wir haben gemeinsam mit den anderen Bundesländern einen **Verbotsantrag gegen die NPD** beim Bundesverfassungsgericht gestellt.
- Mit der einheitlichen **48-Stunden-Speicherfrist** für die Videoüberwachung in Bussen, Bahnen und Bahnhöfen können Straftäter schneller ermittelt werden.
- Wir haben den Verfassungsschutz entscheidend gestärkt mit 45 zusätzlichen Stellen für die **Extremismusbekämpfung**.
- Für die Bekämpfung organisierter, insbesondere grenzüberschreitender Kriminalität haben wir das **KFZ-Kennzeichenscanning** rechtssicher geregelt. Daten, die keinen Treffer ergeben, werden sofort gelöscht.



Renate findet es gut, dass wir verstärkt gegen Bankdatendiebstahl im Internet vorgehen und uns um ihre Verbraucherrechte kümmern.

- Mit einer eigenen **Schwerpunkt Abteilung Cyberkriminalität** bei der Berliner Staatsanwaltschaft können Straftaten im Internet wie Bankdatendiebstahl und Kinderpornographie besser bekämpft werden.
- Für einen besseren **Schutz vor häuslicher Gewalt** haben wir das von uns eingeführte Wegweisungsrecht erweitert. Das Opfer wird in der bisherigen gemeinsamen Wohnung, am Arbeitsplatz und jetzt auch in seiner neuen Wohnung geschützt.
- Mit dem **Opferschutzbeauftragten** erhalten Opfer von Straftaten eine effektivere Unterstützung.
- Das Angebot der **Gewaltschutzambulanz** ist zeitlich ausgeweitet worden und es wird eine vertrauliche Spurensicherung angeboten. Verletzungen werden rechtsmedizinisch und damit gerichtsfest dokumentiert, und es werden konkrete Hilfsangebote unterbreitet.
- Die neue **Justizvollzugsanstalt Heidering** ist eine der modernsten Haftanstalten Europas. Eine gelungene Resozialisierung ist der beste Schutz der Bevölkerung vor neuen Straftaten.
- Das Gesetz zur **Fortentwicklung des Strafvollzugs** in Berlin regelt, dass sich Straftäter noch intensiver mit den Ursachen und Folgen ihrer Straftat auseinandersetzen und stärker für ihre Wiedereingliederung in das Leben in Freiheit kooperieren müssen.
- Mit dem neuen **Gesetz zur Sicherungsverwahrung** können Straftäter, die nach Verbüßung ihrer Strafe weiter eine Gefahr für die Öffentlichkeit darstellen, auf dem Gelände der JVA Tegel untergebracht werden.
- Wir haben die Zahl der **Jugendarrestplätze** verdoppelt, damit straffällige Jugendliche zeitnah eine Reaktion auf ihre Taten erfahren und verstehen, dass Kriminalität keine gute Zukunft bietet.
- Drogen haben im Gefängnis nichts zu suchen. Wir werden darum **Drogenspürhunde** einsetzen, um in den Justizvollzugsanstalten eingeschmuggelte Substanzen zu finden.
- Das erfolgreiche Projekt **Handyblocker** wird auf die Untersuchungshaft ausgedehnt, damit keine weiteren Straftaten mit dem Mobiltelefon organisiert oder Zeugen beeinflusst werden können.
- Ein **neues Hundegesetz** für Berlin soll bis zum Ende der Wahlperiode beschlossen werden. Vorgesehen ist eine generelle Leinenpflicht außerhalb von Hundeauslaufgebieten. In der Regel ist eine Befreiung möglich, wenn HalterInnen eine Sachkundebescheinigung vorlegen und für gefährliche Hunde einen Wesenstest. Zudem soll ein zentrales Hunderegister eingerichtet werden.
- Wir sorgen für **mehr Verbraucherschutz**, z. B. mit dem besseren Schutz gegen den Erwerb von „Schrottimobilien“ und mit unseren Bundesratsinitiativen zur Begrenzung von Kreditzinsen und der Veröffentlichung amtlicher Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen in Gastronomiebetrieben. Wir haben uns auf Bundesebene erfolgreich für den Wegfall von Bearbeitungsgebühren bei Krediten und auf EU-Ebene für ein Basis-Konto für alle eingesetzt.

200 zusätzliche Stellen

bei der Berliner Feuerwehr

11,7 Millionen Euro

zur Anti-Terror-Ausstattung

48 Stunden

Speicherfrist für Videoüberwachung
im öffentlichen Nahverkehr

14 Tage

vor der Unterschrift
muss der Immobilienvertrag vorliegen

Fast 1,4 Millionen Euro

erhält die Berliner Verbraucherzentrale jährlich

**600
neue Stellen
bei der Berliner Polizei**



Kunst und Kultur gehören nicht nur für Margarete und ihren Sohn Marco fest zu Berlin. Deswegen fördern wir die international anerkannte Kunstmetropole Berlin mit vielfältigen Maßnahmen.

Über 520 Millionen Euro gibt Berlin für seine herausragende Kultur in den Bereichen Bühne und Tanz, Museen und Gedenkstätten, Chöre und Orchester, Bildende Kunst sowie Literatur und Bibliotheken aus.

- Die institutionell geförderten **Theater, Orchester und Tanzgruppen** zählten im vergangenen Jahr insgesamt über 3,1 Millionen zahlende Besucherinnen und Besucher.
- Unser **Fonds zur kulturellen Bildung** führt Kinder und Jugendliche an das kulturelle Leben heran – von den großen Kultureinrichtungen der Stadt bis zu den vielfältigen Angeboten der Bezirke. Aufgrund des großen Erfolgs haben wir das Programm auf 2,5 Millionen Euro verstärkt.
- Mit einem Ausstellungsfonds stärken wir die **kommunalen Galerien** als Standorte für die Präsentation zeitgenössischer bildender Kunst. Jährlich stehen dafür 350.000 Euro bereit.
- Wir haben einen **Preis für Präsentations- und Projekträume** geschaffen, der das interdisziplinäre Kunst- und Kulturangebot der Freien Szene honoriert.
- Mit der **Atelierförderung** stellen wir sicher, dass Berliner KünstlerInnen die Möglichkeit haben, zu angemessenen Preisen Atelierräume anzumieten und zu nutzen.
- Wir haben die Zuschüsse für die **Strukturförderung der Freien Szene** erhöht. Die unzähligen Aktiven leisten viel für die Kultur der Stadt. Es fließen zusätzlich 7,5 Millionen Euro in 2016 und 9,5 Millionen Euro in 2017. Hinzu kommen Anteile aus der City Tax.
- Das **Musicboard Berlin** fördert die aufstrebende Popmusikszene in unserer Stadt. Seit 2015 firmiert es als landeseigene GmbH mit einem Jahresbudget von 1,7 Millionen Euro.
- Die von der SPD-Fraktion initiierte **Digitalisierung der Berliner Programmkinos** konnte in dieser Wahlperiode abgeschlossen werden. Die über 260 Filmtheater in unserer Stadt hatten 2014 über 9000 BesucherInnen.
- Rund 1,5 Millionen Menschen haben letztes Jahr beim **Karneval der Kulturen** den Umzug und das Straßenfest besucht. Wir haben ihn nachhaltig gesichert und mit über 1,3 Millionen Euro für 2016 und 2017 ausgestattet.
- Wir unterstützen die **Kulturwirtschaft**, zum Beispiel mit der Berlin Art Week und der Berlin Music Week. Neben Mikrokrediten und dem Venture Capital Fonds Kreativwirtschaft bietet die Investitionsbank Berlin auch ein Coaching Bonusprogramm an.

Rund 35.000

Künstlerinnen und Künstler
leben in Berlin

Über 470

Galerien gibt es in Berlin

1,5 Millionen

Besucherinnen und Besucher
beim Karneval der Kulturen

4 Planetarien und Sternwarten

Mehr als 1500

Veranstaltungen bietet Berlin täglich

3 UNESCO-Welterbe-Stätten

Über **16**
Millionen Mal
wurden 2015
die Berliner Museen
und Gedenkstätten
besucht



Wir helfen Menschen:
Mobilitätshilfedienste,
Pflegestützpunkte, Besuchsdienste – Andreas ist froh,
dass es diese Angebote
für alle Berlinerinnen und
Berliner gibt.

Berlin hilft Menschen in besonderen sozialen Lagen, zum Beispiel bei Pflegebedürftigkeit, Behinderungen oder Wohnungslosigkeit. Wir entwickeln unsere Sozialpolitik stetig weiter und passen sie dem Bedarf der Menschen in unserer Stadt an.

- Mit dem **Versorgungsstrukturgesetz** wird eine bedarfsgerechte und wohnortnahe Versorgung der BürgerInnen mit allen Arztgruppen konsequent umgesetzt. Das gemeinsame Landesgremium gibt Empfehlungen zur ambulanten und stationären Versorgung ab. Beteiligt sind neben dem Land Berlin u. a. die Krankenkassen, die Kassenärztliche Vereinigung, die Krankenhausgesellschaft, die Ärztekammer sowie PatientenvertreterInnen.
- Der **Krankenhausplan 2016** sichert die stationäre Versorgung auch künftig auf hohem Niveau. Die maximale Bettenzahl wird auf rund 22.000 in 51 Berliner Krankenhäusern erhöht.
- Das **Gesamt-Investitionsvolumen für unsere Krankenhäuser** beträgt 2016-2019 insgesamt mindestens 425 Millionen Euro. Denn die hohe medizinische Qualität und die Wettbewerbsfähigkeit sollen gewährleistet bleiben.
- Das **Netzwerk Kinderschutz** enthält umfangreiche Maßnahmen, um der Gewalt gegen Kinder entgegenzuwirken. Vier neue Kinderschutzambulanzen sind dazu gekommen. Das Telefonangebot Hotline Kinderschutz bietet Beratung auf Deutsch, Türkisch, Arabisch und Russisch.
- Der **öffentliche Gesundheitsdienst** leistet einen wichtigen Beitrag zur gesundheitlichen Versorgung von Kindern und Jugendlichen, im Infektionsschutz und in der Sozialpsychiatrie. Wir werden ihn zukunftsfest ausgestalten.
- Mit dem **Aktionsprogramm Gesundheit** unterstützen wir Träger von Präventions- und Gesundheitsförderungsangeboten dabei, ihre Maßnahmen noch passgenauer auf die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen auszurichten, und ermöglichen den BerlinerInnen einen besseren Zugang.
- Mit dem **Integrierten Gesundheitsprogramm** sichern wir Angebote von mehr als 100 Projekten der Gesundheitsversorgung und Prävention langfristig ab. Rund 13 Millionen Euro werden jährlich dafür zur Verfügung gestellt.
- Der **Stadtplan Gesundheitsförderung** bietet im Internet einen Überblick über Aktivitäten und Dienstleistungen im Bereich Gesundheitsvorsorge.
- Das auf unsere Initiative eingeführte Amt der **Patientenbeauftragten** haben wir gestärkt. Wir werden dieses Erfolgsmodell fortsetzen und mehr mit den Bezirken vernetzen.



Wir sorgen für eine gute gesundheitliche Versorgung für Jakob, seine Eltern und alle Berlinerinnen und Berliner.

- Mit 300.000 Beschäftigten ist die **Gesundheitswirtschaft** ein Wachstumsmotor für Berlin. Wir unterstützen das Ziel des Masterplans Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg, die Wachstums- und Beschäftigungspotenziale im Gesundheitssektor weiterzuentwickeln.
- Wir haben die **Ausführungsvorschrift Wohnen** angepasst und die Richtwerte bei der Kostenübernahme für Miet- und Heizkosten von Langzeitarbeitslosen und Erwerbsunfähigen durch das Land angehoben. Kostensteigerungen werden berücksichtigt. So konnte fast immer vermieden werden, dass BerlinerInnen umziehen müssen.
- Das **Integrierte Sozialprogramm** enthält jährlich rund 17 Millionen Euro für die Bereiche Altenhilfe, Migrantensozialdienste, Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe, Unterstützung von Menschen mit Behinderung sowie Förderung von Ehrenamt und Selbsthilfe. Dazu gehören auch Straßensozialarbeit, Bahnhofsdienste, ambulante medizinische Versorgung, Notübernachtungen und das Kältehilfe-Telefon.
- Zur **Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements** sichern wir mehr als 53 Nachbarschaftszentren, Selbsthilfe-, Kontakt- und Beratungsstellen, Seniorenprojekte und weitere Initiativen mit 4,6 Millionen Euro jährlich finanziell ab.
- Um den **Bedarf an Pflegefachkräften** zu decken, haben wir das Schulgeld für Pflegeberufe ab dem Schuljahr 2016/17 abgeschafft und die Vergütung in der ambulanten Pflege um 3 Prozent gesteigert. Praxisanleiter werden zur Begleitung von Auszubildenden freigestellt. Und wir haben den Beruf Gesundheits- und KrankenpflegehelferIn eingeführt.
- Das **Kompetenzzentrum für die interkulturelle Öffnung der Altenhilfe** fördert kultursensible Altenhilfe und Pflege, damit mehr MigrantInnen Zugang zu den Angeboten finden.
- Mit dem **berlinpass** bekommen alle, die ALG II, Sozialhilfe, Grundsicherung oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, vergünstigten Eintritt bei Kultur, Sport und Freizeit.
- **Berlin hilft Geflüchteten**, die bei uns Schutz vor Krieg, Terror und Verfolgung suchen. Land und Bezirke haben eine gleichmäßige Verteilung in ganz Berlin vereinbart. Neben der Unterbringung kümmern wir uns um die Integration in den Arbeitsmarkt, den Kita- und Schulbesuch der Kinder, die Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen, Deutschkurse und die medizinische Versorgung (dazu gehören die elektronische Gesundheitskarte und ein zentrale Impfstelle).
- Wir haben die Zahl der **Integrationslotsen** auf 150 erhöht und fördern weiter die **Stadtteilmütter**. Sie alle erfüllen eine wichtige Funktion als Sprach- und Kulturmittler.

Rund 17 Millionen Euro jährlich

aus dem Integrierten Sozialprogramm für die Bereiche Altenhilfe, Migrantensozialdienste, Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe, Unterstützung von Menschen mit Behinderung sowie Förderung von Ehrenamt und Selbsthilfe

13 Mobilitätshilfedienste

unterstützen ältere Menschen, die ihre Wohnung ohne Hilfe nicht mehr verlassen können

20 Besuchsdienste

kümmern sich um Alte, Kranke oder Alleinlebende und verringern soziale Isolation, verkürzen Krankenhausaufenthalte und vermeiden Heimunterbringungen

31 Freizeit- und Beratungsangebote

unterstützen Menschen mit Behinderungen bei der Gestaltung eines selbstbestimmten Lebens im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention

Mindestens 425 Millionen Euro

Gesamt-Investitionsvolumen für unsere Krankenhäuser 2016-2019

33 Pflege- stützpunkte

informieren und beraten Pflegebedürftige und ihre Angehörigen



46 für Berlin: Die Abgeordneten der SPD-Fraktion

Charlottenburg-Wilmersdorf

Franziska Becker
Frank Jahnke
Ulker Radziwill
Frédéric Verrycken

Friedrichshain-Kreuzberg

Björn Eggert
Sven Heinemann
Dr. Susanne Kitschun

Lichtenberg

Karin Halsch
Ole Kreins
Dr. Gregor Költzsch

Marzahn-Hellersdorf

Sven Kohlmeier
Liane Ollech
Iris Spranger

Mitte

Thomas Isenberg
Ralf Wieland
Bruni Wildenhein-Lauterbach

Neukölln

Kirsten Flesch
Joschka Langenbrinck
Erol Özkaraca

Pankow

Dennis Buchner
Nikolaus Karsten
Rainer-Michael Lehmann
Alex Lubawinski
Sandra Scheeres
Torsten Schneider
Dr. Clara West

Reinickendorf

Thorsten Karge
Brigitte Lange
Jörg Stroedter

Spandau

Daniel Buchholz
Burgunde Grosse
Raed Saleh

Steglitz-Zehlendorf

Dr. Michael Arndt
Dr. Ina Czyborra
Irene Köhne
Andreas Kugler

Tempelhof-Schöneberg

Dilek Kolat
Michael Müller
Lars Oberg
Frank Zimmermann

Treptow-Köpenick

Renate Harant
Ellen Haußdörfer
Andy Jauch
Karlheinz Nolte
Robert Schaddach
Tom Schreiber



Impressum:

SPD-Fraktion
des Abgeordnetenhauses von Berlin
Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin

Tel. (030) 23 25 22 22
Fax: (030) 23 25 22 29

spd-fraktion@spd.parlament-berlin.de
www.spdfraktion-berlin.de
www.facebook.com/spdfraktionberlin

V.I.S.d.P: Torsten Schneider, Parlamentarischer Geschäftsführer

Fotos: canadastock / shutterstock (S. 1), Markus Wächter (S. 4), Semmick Photo / shutterstock (S. 50)
Agentur: Wendelburg GmbH
Druck: Lochmann grafische Produktion GmbH

17. Wahlperiode/April 2016

Diese Veröffentlichung der SPD-Fraktion dient ausschließlich der Information.
Sie darf nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.